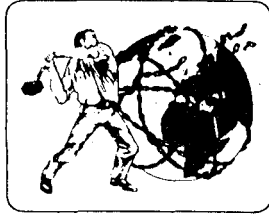


GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

JANUAR 1987

BUNDESTAGSWAHLEN 1987:

Es ist alles geregelt...

"Die Wahlen sind so entscheidend für die Politik der nächsten Jahre", und "Kohl kannst Du doch nicht wollen", so tönt es aus den Wahlkampfzentren von SPD, GRÜNEN und DKP: "Also wähl' uns!"

Die Wahrheit aber ist, daß diese "Wahl" in Wirklichkeit gar keine echte Wahl ist. So oder so ist schon alles geregelt. Diese Wahlen sollen von aktuellen und vor allem von grundlegenden Fragen ablenken. Wir sollen auf den "Wahlkampf" schauen, uns darauf konzentrieren, aber:

WÄHRENDEDESSEN BRENNEN DIE HÄUSER DER ASYLSUCHENDEN

Lassen wir uns hier nicht länger darüber aus, daß die CDU-Politiker eine faschistische Hetze gegen die Asylbewerber organisieren und den "Volkszorn" beschwören, der sich heute fast täglich in Anschlägen gegen diejenigen äußert, die ihr Recht auf Asyl in Anspruch nehmen wollen. Aber die Rolle der SPD, was sie tut, das verdient schon eine etwas nähere Betrachtung.

Während die SPD bei ihren Wählern die Hoffnung nährt, unter ihrer Regierung würde alles etwas "menschlicher" angepackt, beweisen Rau und Bahr durch ein Abkommen mit den führenden SED-Banditen in der DDR, daß sie in der Tat die Zimmermannsche CDU-Politik betreiben, die sie in Worten ablehnen: Sie verhindern, daß über einen der wichtigsten Wege überhaupt, über die Grenze zwischen Berlin (DDR) und Westberlin, noch Asylsuchende in die Bundesrepublik kommen können.

Demokratische Wahlen? Vergessen wir auch keine Sekunde, daß die Phrase von den "gleichen" Wahlen in einem Land wie Westdeutschland sowie mit Füßen getreten wird: Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei, Jugoslawien, Spanien usw. dürfen zwar 10, 20 und mehr Jahre hier arbeiten und sich ausbeuten, demütigen und unterdrücken lassen, aber an die Wahlurnen läßt man sie nicht ran, schon um den deutschen Wählern das Gefühl einimpfen zu können, "etwas Besseres" zu sein. Apartheid made in Germany.

SPD: ASYLSUCHENDE GAR NICHT ERST REINLASSEN! (Drecksflugblatt der SPD)

ZUR SACHE:

SPD macht's möglich
DOR stoppt. Asylanten-Transit

Rau und Bahr:

Handeln statt Aussitzen

Handlung hat die Bundesregierung zugunsten, wie die Probleme von ausländische Asylbewerber anerkennen

Kanzler kann es nicht.

Die CDU schürt die Ausländerfeindschaft.

Die Koalition sei aeracritisch.

Johannes hat die Initiative weggeriffen und Gegen Bahr geboten. Okay zu werden. Nach Unentschieden

Das Gespräch mit der SPD-Führung - entlang der Durchbahn.

Die DDR stoppt den Asylanten-Transit! Keine Angst um ein Land lassen Planung!

Die Erfahrungen sozialdemokratischer Präsidents- und Stützpunktspolitik haben sich ausgemittelt. Jetzt muß die Bundesregierung mit den anderen Maßnahmen reden und in den Verhandlungen mit uns werden.

Schluß mit dem Gerade um Abschaffung von Grundrechten.

SPD

Wir sollen auf den "Wahlkampf" achten, aber:

WÄHRENDEDESSEN PLÜNDERT DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS DIE VÖLKER ANDERER LÄNDER AUS UND PROFITIERT VON WAFFENGESCHÄFTEN ALLER ART

Was gab es für ein Geheule, als bekannt wurde, daß Reagan den Iran mit Waffen beliefert hatte. Und was spielt sich die SPD auf, weil unter der CDU-Regierung U-Boot-Pläne an die Rassisten in Südafrika verkauft wurden! Doch das ist alles Heuchelei! Ob SPD, ob CDU, die Ausplünderung anderer Völker durch Kapitalexport, die Milliardenengeschäfte durch Waffenverkäufe, z.B. an den Iran und den Irak - all diese verbrecherischen und mörderischen Geschäfte des westdeutschen Imperialismus werden über die Bühne gezogen, egal ob SPD oder CDU an der Regierung sind. Ob mit verteilten Rollen oder an einem Strang ziehend, die Parteien des westdeutschen Imperialismus betreiben das Geschäft des westdeutschen Imperialismus. Wir aber sollen auf diesen lächerlichen, erbärmlichen "Wahlkampf" zwischen Kohl, Rau und all den anderen schauen.

WÄHRENDEDESSEN VERSCHÄRFT DAS KAPITAL DIE ANTREIBEREI, AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG IN DEN BETRIEBEN - MIT HILFE DER DGB-FÜHRUNG

Während die grobe, plumpe Form der Bestechung in Millionenhöhe durch das Großkapital inzwischen offen auf dem Tisch liegt, während nun bewiesen ist, daß Politiker der CDU, FDP, CSU und SPD direkt vom Monopolkapital finanziert werden, wird auch immer deutlicher, was den DGB-Apparat eigentlich ausmacht: Die Verschmelzung dieses Apparates mit dem Monopolkapital und den ganzen herrschenden Verhältnissen ist in einem Ausmaß fortgeschritten, daß die Wirklichkeit alle Phantasien übertrumpft. Infolge der Pleite der DGB-Führung mit der Neuen Heimat wird ihr von den organisierten und nichtorganisierten Arbeiterinnen und Arbeitern immer weniger Vertrauen entgegengebracht, ja Wut und Haß schlägt ihnen entgegen. Gleichzeitig aber macht sich - auch angesichts der Arbeitslosigkeit - eine gewisse Entmutigung für den Kampf gegen die zunehmende Ausbeutung und Unterdrückung in den Betrieben bemerkbar. Die relativ breite Schicht der Arbeiteraristokraten, die durch die etwas bessere Lage in den Betrieben bestochene und verhetzte Gruppierung von Meistern, gehobenen "Arbeitern" und Postenjägern mit den DGB-Fürsten an der Spitze, versuchen die Mehrheit

DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS PROFITIERT GEWALTIG AM MÖRDERISCHEN KRIEG ZWISCHEN DEM IRAN UND IRAK. UND ZWAR AUF BEIDEN SEITEN

Seit Kriegsbeginn haben Konzerne wie MBB, AEG, M.A.N. Hubschrauber, Lastwagen, Funkempfänger u.a.m. im Wert von über 13 Milliarden DM sowohl an den Iran als auch an den Irak geliefert. Daneben wird im Rahmen deutsch-französischer Koproduktionen der Irak mit Erdkampfflugzeugen des Typs "Alpha-Jet", mit Panzerabwehrwaffen "Hot" und "Milan", dem Flugabwehrraketensystem "Roland", Exocet-Raketen versorgt. (FR, 22.10.86)

"Ohne Wahlen geht es in unserem Zeitalter nicht; ohne die Massen kommt man nicht aus, die Massen aber können im Zeitalter des Buchdrucks und des Parlamentarismus nicht geführt werden ohne ein weitverzweigtes, systematisches angewandtes, solide ausgerüstetes System von Schmeichelei, Lüge, Gaunerei, das mit populären Modeschlagworten jongliert, den Arbeitern alles mögliche, beliebige Reformen und beliebige Wohltaten verspricht - wenn diese nur auf den revolutionären Kampf für den Sturz der Bourgeoisie verzichten." (Lenin, "Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", 1916, LW 23, S. 114/115 - H.i.O.)

der einfachen Arbeiterinnen und Arbeiter zu demoralisieren und jede kämpferische Aktion im Keim zu ersticken. Um wieviel größer ist da die Bedeutung von Kämpfen und Streiks wie zuletzt die Warnstreiks von 12 000 vor allem im Saargebiet gegenüber dem ganzen "hochpolitischen Wahlkampf"!

Wir sollen uns auf den "Wahlkampf", auf das Parlament konzentrieren? Gut, schauen wir etwas genauer hin. Denn schließlich, für nichts und wieder nichts wird das ganze Spektakel auch nicht über die Bühne gezogen. Worum geht es also?

HOFFUNG AUF DIE GRÜNEN? HOFFUNG AUF DAS PARLAMENT?

In den letzten Jahren, besonders nach der Regierungsbeteiligung der SPD, war der Enthusiasmus für den Parlamentarismus, das Interesse daran, vor allem bei der Jugend, sehr gedämpft, war auch in der Arbeiterbewegung die Illusion über die angeblich rettende Politik der SPD angesichts Schmidtscher Zuchtspolitik wenigstens etwas verfliegen. Mittlerweile hat aber die Partei der GRÜNEN die Funktion übernommen, außerparlamentarische und sogar gegen das ganze parlamentarisch-kapitalistische System gerichtete Bewegungen und Kräfte an den Parlamentarismus zu binden, zumindest wieder dafür zu interessieren und mit Illusionen zu versorgen. Die Rolle der SPD als angeblich "kleineres Übel" wurde in diesem Zusammenhang durch Bündnisangebote der GRÜNEN an die SPD wieder aufgepoliert.

Woher kommen die Hoffnungen auf die Partei der GRÜNEN, ihre Parlamentsabgeordneten und gar auf ihren einen Vorzeigeminister? Es ist unbestreitbar, daß die GRÜNEN an entscheidender Stelle mitgewirkt haben bei der Aufdeckung der Bestechungen durch den Flickkonzern, daß sie als Partei gegen das Bitburg-Spektakel, mit dem die faschistische Wehrmacht und die SS rehabilitiert werden sollten, gestimmt haben u.a.m. Während die GRÜNEN also bestimmte berechnete Forderungen vieler Leute in Westdeutschland formulieren, passiert aber gleichzeitig folgendes:

Grundsätzlich richtige Forderungen werden verdreht, abgemildert und entschärft. Etwa die Forderung nach Abschaffung des deutschchauvinistischen faschistoiden Ausländergesetzes in Westdeutschland wird von der Partei der GRÜNEN in eine reformierte, mildere Fassung umgewandelt und so diese Forderung im Grunde in ihr Gegenteil verkehrt. Heraus kommt dann bei dieser Methode, daß nach wie vor die Ausländer als Menschen zweiter Klasse behandelt werden, für die angeblich ein eigenes Gesetz nötig wäre.

Vor allem aber erwecken sie systematisch den Eindruck, als ob die Lösung aller von ihnen angetippten Übel dieses kapitalistisch-imperialistischen Systems (die systematische Verseuchung und Vergiftung der Lebensbedingungen vor allen Dingen der werktätigen Massen infolge des Profitstrebens; die tagtägliche ausländerfeindliche Hetze und Politik etc.), durch das Parlament, von oben, in n e r - h a l b dieses Systems auf "parlamentarischem Weg" erfolgen könnte. Somit wird das Sich-Orientieren auf die eigene Kraft, die Kampffaltung unten, in den Betrieben, auf der Straße, in der Stadt und auf dem Land, in den Schulen und Universitäten zurückgedrängt oder vor den Karren des "grünen Wahlkampfes" gespannt und fortschrittliche Kräfte an den Parlamentarismus gebunden. Unter anderem dadurch, daß mit der Partei der GRÜNEN "das Parlament wieder interessanter" wird, was auch SPD- und CDU-Politiker von Lafontaine bis Biedenkopf lobend erwähnen. Und an diesem geweckten Interesse setzen dann wiederum die Parteien an, und besonders durch SPD und GRÜNE wird die Hoffnung genährt, mit dem Stimmzettel könne man die Dinge ändern.



Im Verlauf ihrer Parlamentsarbeit zeigte sich, daß die Partei der GRÜNEN im großen wie im kleinen systematisch selbst auferlegte "basistahe" Beschlüsse aufweicht, ja im Falle Hessens genau wie die anderen bürgerlichen Parteien anfängt, Versprechungen zu geben und Beschlüsse zu fällen, die nachher nicht eingehalten werden und reiner Betrug an den Wählern sind. (So wurde der Beschluß der Hessischen Landesversammlung der GRÜNEN, daß ihr Umweltminister Fischer sein Amt niederlege und die Koalition mit der SPD platze, wenn bis Ende 1986 nicht die Hanauer Atomfabriken Nukem und Alkem stillgelegt worden seien, bis heute nicht in die Tat umgesetzt.)

DIE HERREN DER BANKEN UND FABRIKEN ENTSCHEIDEN DIE GROSSEN FRAGEN DER POLITIK, NICHT DAS PARLAMENT

Im Parlament und in den Wahlen zum Parlament, da wird einmal alle vier Jahre nur darüber entschieden, welche Vertreter der herrschenden Klasse uns ver- und zertreten sollen. Aber das Parlament ist nur ein Teil eines die Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Massen sichernden Staatsapparates und soll vor allem den Volksbetrug organisieren. Die Streitereien zwischen den verschiedenen sich heute bewerbenden Parteien sind teils Scheingefechte über den jeweils einzuschlagenden "besseren" Weg der Ausbeutung und Unterdrückung, sind eine betrügerische Arbeitsteilung, weil jede Partei jeweils andere Teile des Volkes zu täuschen, zu belügen und an das System zu binden hat, daher andere Argumentationen verwenden muß, teils ist es ein echter erbitterter Kampf um ... Posten, Karriere, Geld.

Das Monopolkapital ist an der Macht und beutet aus, steckt hinter den "Staatsgeschäften", ob CDU, ob SPD. Und auch die GRÜNEN tragen diese Ausbeutungs- und Machtverhältnisse mit, wenn sie sich in ihrem Bundestagswahlprogramm ausdrücklich für die "soziale Marktwirtschaft" erklären.

Der Parlamentarismus dient zur Einschläferung der breiten Massen der Werktätigen, zur Verfestigung ihrer durch den Kapitalismus erzwungenen Passivität. Er ist Teil des weitverzweigten Systems der Schmeicheleien, Versprechungen, Täuschungen und Gaunereien, eines professionell angelegten Betrugs, der in einem noch nie dagewesenen Ausmaß mittels Fernsehen, Radio, Zeitung, Schule, Sport usw. begangen wird. Damit soll das kapitalistische System gegen den drohenden Klassenkampf, gegen die proletarische Revolution, gegen den bewaffneten Kampf zum Sturz dieses Systems abgesichert werden und wird es auch noch immer sehr erfolgreich. Wenn es heute wirklich um ernstere Kämpfe geht, und seien es Kämpfe um Teilfragen, wird im Keim schon sichtbar, daß Knüppel, Giftgas, Pestolen und Maschinen-gewehre in Wahrheit das Sagen haben. Denn:

DER STAAT, DAS IST NICHT VOR ALLEM DAS PARLAMENT, SONDERN DIE BUNDESWEHR, DIE POLIZEI, DIE GEFÄNGNISSE

Die Wahlen ändern gar nichts und können an dieser Wahrheit nichts ändern. Die Asyllager brennen weiter, die Ausbeutung und Unterdrückung nach innen und nach außen werden verschärft, die Militarisierung, der Revanchismus und die großdeutsche Verhetzung nehmen weiter zu und werden auch weiter zunehmen - e s s e i d e n n, es wird eine ganz andere Orientierung gewählt als die, auf das Parlament zu schauen, vom "starken Staat" - und sei er auch "durchgrünt" -, von seinen Parteien Änderungen zu erwarten und das Parlament und die Wahlen als "Demokratie" zu verherrlichen.

"Einmal in mehreren Jahren entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll - das ist das wirkliche Wesen des Parlamentarismus."
LENIN

STATT DES STIMMZETTELS...

Wirklich etwas ändern, wirklich die eigenen Interessen in die Hand nehmen, das heißt k ä m p f e n, streiken, Betriebe besetzen, Zehntausende, Hunderttausende müssen sich aktiv beteiligen, um eine wirkliche Revolution, das heißt eine bewaffnete Zerschlagung des alten Staatsapparates, die Enteignung des Kapitals usw. vorzubereiten und durchzuführen. Und die Arbeiterklasse in den Großbetrieben wird es sein, die diesem Kampf vorangeht.

Es geht darum, sich auf eine ganz andere Demokratie als hier zu orientieren und dafür zu kämpfen, nämlich Demokratie als Möglichkeit der breiten Massen der Werktätigen, wirklich zu entscheiden, was und wie es zu geschehen hat, in jedem Betrieb, im großen und ganzen, in der Gesellschaft überhaupt. Das durchzusetzen, dazu muß man sich darauf orientieren, die ganze Grundlage dieser verrotteten, verlogenen, mörderischen Gesellschaftsordnung, die herrschende Klasse mit ihrem Streben nach Maximalprofit, mit ihrer imperialistischen Ausplünderung anderer Völker, der Vorbereitung der eigenen Kriegsmaschinerie auf Raubkriege usw. zu s t ü r -

z e n. Es muß eine Gesellschaftsordnung errichtet werden, in der die Produktion wie alle anderen Bereiche der Gesellschaft in der Hand der Mehrheit, der Masse der Werktätigen, vor allem der Arbeiterklasse liegt - und zwar ohne daß eine Entwicklung eintritt wie in der DDR, Polen, der Sowjetunion und anderen ehemals sozialistischen Ländern wie heute auch in China. Denn dort herrschen wieder die wenigen über die Vielen, während es doch darum geht, daß die wenigen, die Reaktionäre, Faschisten, Imperialisten, die Bourgeoisie und ihre gekauften Werkzeuge durch die Vielen hart, ja diktatorisch unterdrückt werden, durch die breitesten werktätigen Massen selbst in ihrem ureigensten Interesse und auf der Grundlage dessen, daß die Arbeiterklasse an der Macht ist, die Diktatur des Proletariats herrscht.

Daher ist es heute die Aufgabe der Revolutionäre, eine diesen System feindlich gegenüberstehende Zentrale des Kampfes zu bilden, eine Organisation aufzubauen, die, wissenschaftlich und voller Haß, gut organisiert, sich vor allem auf die kämpferischen Kräfte in den Betrieben stützend, eine kommunistische Partei im wirklichen, ursprünglichen Sinne ist. Schaffen wir eine solche Partei, die in allen Kämpfen um Tagesinteressen die Kämpfenden tatkräftig unterstützt und vor allem in diese Kämpfe die Perspektive des Kommunismus als wirklich einzig reale Perspektive hineinträgt, um aus der Erkenntnis der Unheilbarkeit und Verfaultheit des imperialistischen Systems, aus der Erkenntnis der Notwendigkeit seiner Zerschlagung zu einer Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu kommen.■

Manifest
der
Kommunistischen Partei.

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewalt-samen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

Proletarier aller Länder, vereint euch!

Karl Marx/Friedrich Engels

**BUCHLADEN
Georgi Dimitroff**

Koblener Str.4 (Gallus), FRANKFURT

ÖFFNUNGSZEITEN: Montag bis Freitag, 15.30-18.30 Uhr
Dienstag geschlossen, Samstag 9-14 Uhr

Antifaschistische, antiimperialistische Literatur,
Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin - auch in
vielen anderen Sprachen erhältlich